

Demokratie **leben!**

Handlungskonzept der Stadt Minden

zur Förderung der *Lokalen Partnerschaft für Demokratie*

im Rahmen des Bundesprogramms

„Demokratie leben!

Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen“

Vierte Fortschreibung für 2019/2020



Inhalt

1. Einführung und bisherige Entwicklung	Seite 3
2. Ziele, Handlungsfelder und strategischer Ansatz	Seite 10
2.1 Strategische Grundüberlegungen	Seite 10
2.2 Zielsystem und Handlungsfelder	Seite 12
3. Ergebnisse der fünften Demokratiekonferenz	Seite 18
3.1 Rückblick und Feedback	Seite 18
3.2 Vortrag von Dr. Roland Kipke	Seite 28
4. Fazit, Konsequenzen und Ausblick	Seite 32
4.1 Erkenntnisse und Fazit	Seite 32
4.2 Konsequenzen und Empfehlungen	Seite 33

1. Einführung und bisherige Entwicklung

Seit 2011 besteht der **Lokale Aktionsplan (LAP) in Minden**, der das Engagement der Mindener Bürger*innen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz und die Förderung einer lebendigen Demokratie mit einer aktiven Zivilgesellschaft unterstützt.

Die Anfänge dieses Engagements liegen schon in den 1960er Jahren, zum Beispiel in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, dem Versöhnungsbund oder seit den 1970er Jahren bei der Aktionsgemeinschaft Friedenswoche und den in ihrem Umfeld entstandenen Initiativen und Projekten.

Das hat die Stadtgesellschaft sowohl in ihrem Handeln als auch in ihrem Selbstbild geprägt. Im **Leitbild der Stadt Minden** aus dem Jahr 2000, das in einem breiten bürgerschaftlichen Diskussionsprozess entstanden ist, heißt es im Kapitel „*Buntes und vielfältiges Minden*“:

„Minden ist Heimat für Menschen aus unterschiedlichen Generationen, Kulturen und Religionen.“ Und weiter: *„Alle Generationen und Kulturen leben in guter Nachbarschaft zusammen und nehmen gleichberechtigt am Gemeinschaftsleben teil. ... Die freiheitlichen Traditionen aus Aufklärung und Humanismus sowie der lebendige Geist der Ökumene machen aus Minden eine menschenfreundliche und tolerante Stadt.“*

2006/2007 wurde das demokratische Gemeinwesen auf die Probe gestellt, als Neonazi-Kameradschaften aus dem benachbarten Schaumburg-Lippe in Minden aufmarschierten und in der Stadt Fuß fassen wollten.

In dieser Situation zeigte sich die Tragfähigkeit des seit Jahrzehnten bestehenden Engagements in der Stadt. Auf Initiative des damaligen Bürgermeisters trat den rechtsextremistischen Aufmärschen ein ausgesprochen breites bürgerschaftliches Bündnis erfolgreich entgegen. Mit großer Beteiligung der Mindener Bevölkerung konnte so anlässlich von insgesamt vier Neonazi-Demonstrationen ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und menschenverachtende Ideologie gesetzt werden.

Die Partner dieses Bündnisses beschlossen, in Zukunft nicht nur auf Aktionen von Neonazis zu reagieren, sondern aktiv für ein weltoffenes und demokratisches Minden einzustehen. So wurde im März 2008 das **Bündnis „Minden – Für Demokratie und Vielfalt“** gegründet, das diese Aktivitäten von nun an gebündelt und koordiniert hat.

Für dieses Engagement wurde die Stadt 2008 von der Bundesregierung mit dem Titel „Ort der Vielfalt“ ausgezeichnet.

Folgerichtig hat sich die Stadt Minden auf Initiative des Bündnisses, das sich inzwischen im Verein „Minden – Für Demokratie und Vielfalt e. V.“ eine verbindliche Struktur gegeben hatte, um Mittel aus dem 2011 gestarteten **Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN** beworben. Bis Ende 2014 konnten so im Rahmen des Lokalen Aktionsplans (LAP) zahlreiche Projekte mit Fördergeldern aus diesem Programm unterstützt werden. Mehr als 3.000 Menschen nahmen insgesamt daran teil.

Der LAP in Minden verfolgt seitdem das Ziel, dass sich viele Menschen in unserer Stadt für ein offenes und harmonisches Miteinander der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und gegen jede Art von Extremismus, besonders gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren. Dabei geht es vor allem um Prävention, weshalb auch die Themen Alltagsrassismus und Integration immer wieder in den Fokus der Arbeit rücken.

Im zuständigen Gremium, dem Begleitausschuss, der aus Vertreter*innen von lokalen Initiativen, Vereinen, Institutionen, Verbänden, der Stadtverwaltung und Politik und anderen Akteuren der Mindener Stadtgesellschaft besteht, wurde für den LAP Minden eine leitende Zielsetzung für alle Projekte verabschiedet, die grundsätzlich bis heute Gültigkeit hat.

Seit dem 01.01.2015 wird die Stadt Minden aus dem **Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“** gefördert. Dieses Bundesprogramm löst das Vorgängerprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ ab und zielt ausdrücklich auf die konzeptionelle Fortsetzung und Weiterentwicklung der erfolgreichen Arbeit der Lokalen Aktionspläne in Form von sogenannten **Lokalen Partnerschaften für Demokratie**“.

In der Leitlinie des Bundesprogramms wird dazu ausgeführt, dass es in den lokalen Partnerschaften für Demokratie vor allem gelte, die bereits in den Vorgängerprogrammen formulierten Zielstellungen weiter und nachhaltig auszubauen, da eine systematische, kontinuierliche und anlassunabhängige Strategieplanung und Verstetigung des präventiven Vorgehens für den Erfolg der Arbeit wesentlich sei.

Die **Koordinierungs- und Fachstelle** (beim Verein „Minden – Für Demokratie und Vielfalt e. V.) und das **federführende Amt** (in Minden der Zentrale Steuerungsdienst im Geschäftskreis des Bürgermeisters) sind daher aufgefordert, mindestens einmal im Jahr alle relevanten

zivilgesellschaftlichen Akteure, entsprechende Einrichtungen und Verantwortliche aus Politik und Verwaltung zu einer Demokratiekonferenz einzuladen, um partizipativ den Stand, die Ziele und die Ausrichtung der weiteren Arbeit in der Partnerschaft für Demokratie zu reflektieren und zu bestimmen.

Die Ergebnisse dieser Demokratiekonferenzen sollen in einem Handlungskonzept abgebildet werden, das jährlich fortgeschrieben wird. Die Umsetzung des Konzepts und ggf. erfolgende Veränderungen bzw. Ergänzungen sollen durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung legitimiert werden.

Nicht alle Ergebnisse vorangegangener Diskussionen können in einem Handlungskonzept abgebildet werden. Viele gute Handlungsempfehlungen der letzten Jahre befinden sich in der Ausarbeitungs- und Planungsphase und werden weiterverfolgt. Inzwischen realisiert wurde z. B. die Einführung einer Beratungsstelle für Eltern und Familien, aber auch für Erzieher*innen und Pädagog*innen, die befürchten, dass Kinder und Jugendliche aus ihrem unmittelbaren Umfeld in den rechtsextremen Bereich abrutschen könnten. Andere Ansätze dagegen sind nicht weiterverfolgt worden, sei es aus mangelnder Aktualität oder einfach deshalb, weil sich (bisher) keine Projektträger gefunden haben.

Manche Erkenntnisse ergeben sich aus der praktischen Arbeit und fließen dann auch sofort wieder in diese ein, ohne Eingang in das Handlungskonzept zu finden. Sie spiegeln sich eher in den Diskussionen des Begleitausschusses und des weiteren Netzwerkes wider, aber auch in einzelnen konkreten Projekten.

Das Themenspektrum des LAP, die erreichten Ergebnisse und erlangten Erkenntnisse sind breit gefächert. Die Entwicklung der Demokratie vor Ort gehört ebenso dazu wie die konkrete Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder die strategische Diskussion zu den Auswirkungen des demographischen Wandels, der Verarmung von Teilen der Gesellschaft oder aktuell auch die Bedeutung des Klimawandels in diesem Kontext.

Der **LAP-Treffpunkt als Koordinierungsstelle** und der Trägerverein „Minden – für Demokratie und Vielfalt e. V.“ dienen seit 2011 als zentrale Anlaufstelle. Hier werden die Aktivitäten verschiedener Bündnisse und Akteure gebündelt.

Mit dem Umzug des LAP-Treffpunktes Ende 2017 in die Alte Kirchstraße 1a, eine für das Mindener Engagement für Frieden, Demokratie und Vielfalt

geschichtsträchtige Adresse, haben sich noch einmal neue Möglichkeiten für eine Ausweitung sowohl des Angebotes für Veranstaltungen als auch für Vernetzung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit ergeben. Dies resultiert sowohl aus der zentralen Lage des Treffpunktes als auch aus der räumlichen und technischen Ausstattung.

Das vorliegende Handlungskonzept in der vierten Fortschreibung basiert auf den Ergebnissen der ersten Demokratiekonferenz in Minden als Auftaktveranstaltung des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ am 13.04.2015, der zweiten Demokratiekonferenz am 26.10.2016, der dritten Demokratiekonferenz am 06.09.2017, der vierten Demokratiekonferenz am 13.09.2018, der fünften Demokratiekonferenz am 11.09.2019 und den jeweils anschließenden konzeptionellen Überlegungen des Begleitausschusses.

In der **ersten Demokratiekonferenz** im April 2015 wurden in vier thematischen Arbeitsgruppen in Anlehnung an das Zielsystem des LAP Minden die bis dato identifizierten Haupthandlungsfelder unter jeweils vier Gesichtspunkten betrachtet:

Im Sinne einer Bestandsaufnahme wurde ein Status quo zum jeweiligen Handlungsfeld festgelegt. Die Frage nach den relevanten Zielgruppen wurde ebenso gestellt wie die Frage nach den für das Handlungsfeld bedeutsamen Diskriminierungsformen. Zuletzt wurde die Qualität der Arbeit in Bezug auf Professionalität, Bedarfsorientierung, Effizienz und ähnliche Aspekte thematisiert.

Dabei wurden Schwerpunkte hervorgehoben und auch Problemfelder aufgezeigt, die in Teilen eine Neuausrichtung der Arbeit sowie eine genauere Zielfokussierung in Form von SMART-Zielen ermöglicht haben.

Die **zweite Demokratiekonferenz** im Oktober 2016 stand deutlich unter dem Eindruck der seit Mitte des Jahres 2015 enorm ansteigenden Popularität von rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Politikansätzen, den damit verbundenen Wahlerfolgen und fortgesetzten sprachlichen und programmatischen Tabubrüchen ihrer Vertreter*innen. Gleichzeitig erschreckte die massive Zunahme von fremdenfeindlichen Gewalttaten insbesondere gegen Flüchtlinge, aber auch schon länger in Deutschland lebende Minderheiten, begleitet von europaweiten nationalen Abschottungsbewegungen und einer Renaissance chauvinistischer bis völkischer Rhetorik und Programmatik.

Die zweite Demokratiekonferenz hatte deshalb neben dem Rückblick auf die Projekte der letzten 18 Monate folgerichtig die Themenfelder „Demokratie“ und „Nationalismus/Patriotismus“ in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt. In zwei von externen Expert*innen moderierten Workshops mit den Titeln „Unsere Demokratie – Sind wir noch zu retten?“ sowie „Unter uns bleiben? Nationalismus und Patriotismus als Zuflucht vor der großen Welt“ sind sowohl grundlegend programmatische Diskussionen geführt worden als auch neue bzw. modifizierte Handlungsansätze für die „Partnerschaft für Demokratie“ in Minden entwickelt worden.

Der dritte Schwerpunkt der zweiten Demokratiekonferenz war die Konsolidierung der Arbeit des Jugendforums. Dieser eigenständige Förderbereich mit der ohne Frage wichtigsten Zielgruppe von jungen Menschen bis 27 Jahren konnte in Minden bisher nur unzureichend ausgefüllt werden. Eine kontinuierliche Arbeit mit eigenen Projekten und stabilen Strukturen zu initiieren war das Ziel dieses ebenfalls extern moderierten Workshops.

Die **dritte Demokratiekonferenz** fand vor dem Hintergrund von inzwischen zwei Jahren intensiven Engagements vieler Bündnispartner*innen im Bereich der Unterstützung und Integration von Flüchtlingen auf der einen und des sich abzeichnenden Erfolges rechtspopulistischer Politikangebote im Vorfeld der Bundestagswahl am 24. September 2017 auf der anderen Seite statt. Mit deutlich über 70 Teilnehmer*innen war sie die bis zu diesem Zeitpunkt am besten besuchte Konferenz.

Inhaltlich im Fokus standen die Themen „Menschenrechte“ und „Gefährdung von Demokratie“. Die gemeinsame Lesung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Teilnehmer*innen im Rahmen des weltweiten Aktionstages von Amnesty International am 06. September 2017 und die inhaltliche Verknüpfung dieses Themas mit den vielfältigen Angriffen autoritärer Denk- und Politikmodelle auf demokratische Systeme im Rahmen eines Impulsvortrages haben eine inhaltlich klare und unmissverständliche Botschaft dieser dritten Demokratiekonferenz gesetzt.

Einen weiteren Schwerpunkt hat die Konferenz auf die Fortschreibung, Konsolidierung und Evaluation der bisherigen Bündnisarbeit gelegt. So ist zum ersten Mal systematisch ein Feedback zur bisherigen Arbeit eingeholt worden. Die Ergebnisse zeigen zum einen die solide Verankerung der Arbeit des Bündnisses in der interessierten Stadtgesellschaft und haben zum anderen wertvolle Hinweise für die Weiterentwicklung der Arbeit geliefert.

Nach den im Schwerpunkt politisch-inhaltlichen Workshops der zweiten Demokratiekonferenz in 2016 haben die Arbeitsgruppen in 2017 sehr konkret und handlungsorientiert an Projekt- und Aktionsideen gearbeitet. Die Ergebnisse konnten unmittelbar für die weitere Arbeit des Bündnisses genutzt werden.

Nach der eher auf praktische Aktion ausgerichteten Konferenz des Jahres 2017 hat die **vierte Demokratiekonferenz** am 13. September 2018 ihren Schwerpunkt auf inhaltlichen Input und Analyse gelegt. Im Mittelpunkt stand ein fast neunzigminütiger Vortrag von Dr. Volker Weiß zur historischen Einordnung der sogenannten „Neuen Rechten“. Er lieferte den ideengeschichtlichen Hintergrund für die aktuellen Politikansätze der in 2017 und 2018 immer offensiver auftretenden rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Parteien und Organisationen. Der Bedarf nach Aufklärung und geschichtswissenschaftlicher Aufarbeitung der Phänomene der Gegenwart war offensichtlich sehr groß: Mit 150 Teilnehmer*innen war die Demokratiekonferenz 2018 die mit Abstand am besten besuchte.

Nach 2017 ist zum zweiten Mal wieder ein systematisches Feedback zur bisherigen Arbeit des Bündnisses und zur Situation in der Stadtgesellschaft eingeholt worden. Die Ergebnisse bestätigen die gute Verankerung und breite Aufstellung des Engagements für Demokratie und Vielfalt durch das Bündnis und darüber hinaus in Minden. Sie liefern darüber hinaus wertvolle Hinweise für die Weiterentwicklung des Bündnisses und geben Anregungen für die weitere Arbeit.

Mit der vierten Demokratiekonferenz ist es gelungen, neue Zielgruppen auf das Bündnis für Demokratie aufmerksam zu machen und sie für seine Arbeit zu interessieren. Gleichzeitig wurde nach der Veranstaltung Zeit und Raum für Austausch und der Vernetzung der Teilnehmer*innen geboten. Nicht wenige Teilnehmer*innen haben zum ersten Mal eine solche Veranstaltung besucht, die bei ihnen ganz überwiegend positive Eindrücke hinterlassen hat.

Nach den guten Erfahrungen des Vorjahres hat sich die **fünfte Demokratiekonferenz** an Struktur und Dramaturgie ihrer Vorgängerin orientiert. Im Mittelpunkt der Konferenz stand wiederum ein inhaltlicher Vortrag auf hohem Niveau, diesmal zum Thema Demokratie. Auf Basis seines 2018 veröffentlichten Buches „Jeder zählt. Was Demokratie ist und was sie sein sollte“ hat Dr. Roland Kipke die aktuellen Diskussionen um Demokratieverdrossenheit aufgegriffen und in einem gut sechzigminütigen Vortrag Kern und Wesen unseres demokratischen Systems herausgearbeitet, Missverständnisse und falsche Erwartungen aufgezeigt und Ansätze zur Weiterentwicklung von

Demokratie skizziert. Auch dieses Angebot ist wieder auf großes Interesse gestoßen: Mit über 120 Besucher*innen konnte hier das sehr hohe Niveau des Vorjahres fast gehalten werden.

Das in 2017 eingeführte systematische Feedback ist, in leicht modifizierter Form, auch 2019 wieder eingeholt worden und hat die gute Fundierung der Demokratiearbeit und des Bündnisses für Demokratie/des LAP in Minden bestätigt. Die Anregungen und Erkenntnisse können und sollten nunmehr in der weiteren Arbeit ihren Niederschlag finden.

Mit dem Veranstaltungsort Preußenmuseum hat die Demokratiekonferenz jetzt auch eine der etablierten großen Veranstaltungsflächen der Stadt Minden erreicht und kann diese auch mühelos bespielen. Auch dies ist ein Indiz für die gute und breite Verankerung in der Stadtgesellschaft.

2. Ziele, Handlungsfelder und strategischer Ansatz

2.1 Strategische Grundüberlegungen

Als Grundlage der im ersten Handlungskonzept 2015 definierten Handlungsfelder ist in Anknüpfung an die bisherige Arbeit das Zielsystem des LAP Minden aus dem bisherigen Förderprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ übernommen worden. Die lokale „Partnerschaft für Demokratie“ in Minden entwickelt sich somit auf der Basis der bisher festgelegten und im Wesentlichen erfolgreichen Strategien sowie der in der praktischen Umsetzung in Projekten gemachten Erfahrungen fort. Diese Fortentwicklung beinhaltet auch eine behutsame Umformulierung bzw. Anpassung, wie sie etwa im Handlungskonzept 2017 vorgenommen worden ist. So kann bei Bedarf sprachlich und auch inhaltlich klarer dargestellt und fokussiert werden.

Der grundlegende strategische Ansatz der „Partnerschaft für Demokratie“ in Minden besteht in der Erkenntnis, dass das Eintreten für eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft sich nicht auf das Reagieren auf demokratie- und menschenfeindliche Positionen und Aktionen beschränken darf. Dies ist im Sinne einer Mobilisierung von Öffentlichkeit, einer Formulierung und Demonstration klarer Haltungen und Positionen sowie manchmal auch einer Verteidigung des öffentlichen Raumes zwar unverzichtbar, aber nicht ausreichend. Um aus dieser am Ende eher defensiven Situation herauszukommen, ist eine präventive und offensive Arbeit notwendig.

Zu diesem **strategischen Ansatz** gehören die im Folgenden thesenartig beschriebenen Erkenntnisse und Aspekte, die vor allem in ihren Wirkungszusammenhängen zu berücksichtigen sind.

- **Wer die eigene Geschichte kennt, kann leichter totalitäre Weltbilder kritisch hinterfragen.** Gerade die deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts bietet ausreichend Anschauungsmaterial, zu welcher Unmenschlichkeit autoritäre Politikmodelle und rassistische Ideologien führen können. Eine lebendige Erinnerungskultur hilft, diese Erkenntnisse und historischen Erfahrungen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Sie kann so demokratische und humanitäre Haltungen prägen und stabilisieren.
- **Eine gute und breit vermittelte politische Bildung ist eine Lebensversicherung für Demokratien.** Ein freiheitliches demokratisches System braucht deutlich mehr als regelmäßige Wahlen. Hierzu gehören

neben dem Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten auch Grundrechte wie etwa die Meinungs- und Pressefreiheit sowie ein stabiles System von Machtverteilung und Machtbegrenzung wie etwa die horizontale (Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung, Rechtsprechung) und vertikale (in Deutschland Bund, Länder und Kommunen) Gewaltenteilung. Dieses funktionale Gesamtsystem ist komplex und erschließt sich nicht auf den ersten Blick. Erlebbar werden kann das u. a. in einem lebendigen und öffentlich wahrnehmbaren politischen Diskurs und in ganz konkreter politischer, partizipativer Mitwirkung, insbesondere auf lokaler bzw. kommunaler Ebene.

- **Wer sich sozial abgehängt fühlt, ist eher bereit, autoritären Weltbildern zu folgen.** Dies geschieht insbesondere dann, wenn Menschen das Gefühl haben, dass ihre eigenen Anstrengungen und Bemühungen, ihr Leben zu gestalten, wirkungslos bleiben. Eine faire und gerechte Verteilung von Lebenschancen stärkt deshalb demokratische Systeme. Starke soziale Ungleichheit begünstigt dagegen totalitäre Politikansätze.
- **Bildung ist ein entscheidender Hebel, um freiheitliche und demokratische Gesellschaften dauerhaft stabil zu halten.** Zugänge zu Bildung fördern soziale Gerechtigkeit. Eine gute Bildung, die u. a. auch ganz lebenspraktische Kompetenzen vermittelt, kann die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht verschaffen. Gut gebildete Menschen sind in der Regel selbstbewusster und kritischer gegenüber autoritären und menschenfeindlichen Ideologien.
- **Eine offene Gesellschaft mit Integrationskraft macht sich immun gegen Ausgrenzung und Rassismus.** Ängste und Vorbehalte gegen vermeintlich oder tatsächlich Fremdes und Fremde haben, neben gesellschaftlichen, auch psychologische Ursachen. Grundsätzlich wirken solche Ab- und Ausgrenzungsimpulse in uns allen. Nähe und Begegnung helfen dabei, Unsicherheit und Vorurteile abzubauen. Das ist mitunter anstrengend und geschieht vor allem nicht von selbst, sondern erfordert aktives aufeinander zugehen.
- **Eine lebendige Demokratie braucht engagierte und aktive Bürger*innen vor allem vor Ort.** Sie darf nicht ausschließlich den gewählten Repräsentant*innen überlassen werden, auch wenn diese eine besondere Verantwortung haben und diese nicht in Frage gestellt werden soll. Das aktive „sich kümmern“ um die öffentlichen und damit gemeinsamen Angelegenheiten insbesondere auf lokaler bzw. kommunaler

Ebene ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür. Gleichgültigkeit ist der Anfang vom Ende von Demokratie und Menschlichkeit.

2.2 Zielsystem und Handlungsfelder

Aus diesen strategischen Überlegungen heraus ist das folgende Zielsystem der „Partnerschaft für Demokratie“ in Minden entstanden.

Es besteht aus einem Leitziel und vier sogenannten Teil- oder Mittlerzielen sowie den jeweils dazu gehörenden Handlungsfeldern.

Das **Leitziel** ist die generelle und langfristige Orientierung für die Demokratie-Arbeit in Minden:

„Mindener Bürger*innen engagieren sich für Vielfalt, ein demokratisches Miteinander und Chancengleichheit. Sie leisten einen aktiven Beitrag für Integration und gegen Ausgrenzung.“

Um dieses generelle Ziel zu erreichen und vor allem Ansätze für konkretes Handeln und konkrete Projekte zu beschreiben, ist dieses Leitziel in vier Teil- oder Mittlerziele heruntergebrochen worden. Sie beschreiben einerseits ihre jeweiligen Handlungsfelder inhaltlich und konkretisieren andererseits jeweils einen Teilaspekt des Leitzieles. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte sollen entscheidende Wirkungsbeiträge liefern, um und vor allem auch in ihrem gegenseitigen Zusammenspiel, das Leitziel zu erreichen.

Allerdings stellen die vier Handlungsfelder keinen abschließenden oder gar ausschließenden Rahmen für Projekte und Maßnahmen dar. Sie machen vielmehr, gerade in der Fortschreibung der aus ihnen resultierenden Handlungskonzepten, deutlich, wo sowohl aus den strategischen Ableitungen heraus als auch in der jeweils aktuellen Situation und vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen in der Arbeit des Bündnisses die Schwerpunkte gesetzt werden und gesetzt werden sollten.

Konkrete Projekte werden oftmals mehr als einem Handlungsfeld zuzuordnen sein bzw. Wirkungsbeiträge zu mehr als einem Teil- oder Mittlerziel liefern. Die Handlungsfelder dienen insoweit nicht einer „Sortierung“ oder ausschließlichen Zuordnung von Projekten, sondern sollen als inhaltlicher Ausgangspunkt für die Entwicklung von Ideen für das konkrete Handeln

dienen, das auch die strategischen Grundüberlegungen nicht aus den Augen verliert.

Handlungsfeld Kompetenz, Haltung und Engagement

Mittlerziel 1

Bürger*innen entwickeln politische, interkulturelle und historische Kompetenzen und eine rassismuskritische, offene Grundeinstellung Menschen anderer Herkünfte gegenüber. Sie engagieren sich für eine bunte, vielfältige Stadt und eine demokratische und freiheitliche Gesellschaft.

Minden ist eine offene, tolerante und vielfältige Stadt. Die übergroße Mehrheit der Menschen steht für eine demokratische und freiheitliche Gesellschaftsordnung. Damit das so bleibt, müssen den Bürger*innen Angebote gemacht werden, die ihre historische, interkulturelle und politisch-demokratische Kompetenz unterstützen und ausbauen können. So kann ein Bewusstsein für Problemlagen geschärft, Engagement für ein tolerantes Zusammenleben gefördert und die demokratische Zivilgesellschaft unterstützt werden.

Ziel von Projekten in diesem Handlungsfeld ist somit die Schaffung einer Basis für ein aktives Engagement von Bürger*innen für Demokratie, Menschenrechte und ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Weltanschauungen. Dies geschieht durch das Angebot von ganz unterschiedlichen Veranstaltungen und Formaten, die möglichst auch Aktivierungselemente enthalten sollen.

Zielgruppe sind hier prinzipiell alle Bürger*innen der Stadt. Erreicht werden mit den klassischen Formaten wie Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen vorrangig von vornherein politisch und historisch interessierte Menschen, die aber als Multiplikator*innen und als potentiell aktive Mitstreiter*innen wichtig sind.

Eine besondere Zielgruppe sind junge Menschen. Das Jugendforum (Alter 14 – 27 J.) spielt somit für dieses Handlungsfeld eine wichtige Rolle. Gefragt sind Projekte, die niedrigschwellig sind und sowohl an das private als auch an das schulische Umfeld anknüpfen und an die Bedürfnisse von Jugendlichen angepasst sind.

Handlungsfeld Bildung und Chancengleichheit

Mittlerziel 2

Kinder, Jugendliche und Eltern aus Familien aller Schichten und Herkünfte gestalten selbstbestimmt ihre Bildungsbiographien. Bildungsträger und andere Akteure unterstützen sie dabei in der Wahrnehmung ihrer Bildungschancen. Sie übernehmen so auch Mitverantwortung für die ökonomischen, politischen, kulturellen und zwischenmenschlichen Verhältnisse in Minden.

Chancengleichheit durch Bildung und die Förderung der Talente und Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien, gerade wenn sie in eher schwierigen sozialen Verhältnissen und Umfeldern leben, stärkt dauerhaft die demokratische Zivilgesellschaft und vermindert die Chancen populistischer und totalitärer Politikkonzepte. Projekte in diesem Zielfeld setzen genau hier an.

Das neu aufgebaute Quartiersmanagement in Minden eröffnet hier weitere Anknüpfungsmöglichkeiten. Gerade für Menschen in den sogenannten sozial benachteiligten Stadtteilen ist die Erfahrung von Selbstwirksamkeit bei der Gestaltung ihrer unmittelbaren Lebensumstände wichtig und vor allem auch ein primäres Bildungsziel. Dies ist eine bedeutende Zielgruppe, wenn es darum geht, Resistenz gegen totalitäre, demokratiefeindliche und menschenverachtende Denkmuster zu entwickeln.

Zielgruppe in diesem Handlungsfeld sind hier Kinder und Jugendliche in ihren Familien und damit auch deren Eltern. Projekte in diesem Handlungsfeld werden deshalb oft mit Schulen und anderen Bildungsträgern bzw. deren Fördervereinen durchgeführt.

Als Erfolg in diesem Handlungsfeld (wobei hier auch Wirkungen im Handlungsfeld „Kompetenz, Haltung und Engagement“ erzielt werden) ist zu bewerten, dass inzwischen fünf Schulen im Stadtgebiet (eine Grundschule, eine Förderschule, eine Gesamtschule und zwei Gymnasium) den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen. Die Teilhabe an diesem bundesweiten Projekt und die Mitgliedschaft in dem daraus resultierenden Schulnetzwerk hat vielfältige positive Auswirkungen auf den Schulalltag und den Umgang der gesamten Schulgemeinde miteinander. Die Beteiligten erwerben, jedenfalls wenn sie sich aktiv am Programm beteiligen, wichtige Querschnittskompetenzen über den eigentlichen inhaltlichen Ansatz hinaus.

Die Arbeit in diesem Kontext würde erleichtert, wenn es gelänge, für mehr soziale Heterogenität im Bildungssystem zu sorgen. Hierin ist eine Herausforderung zu sehen, die jedoch kaum durch den Lokalen Aktionsplan/die Partnerschaft für Demokratie gelöst werden kann. Hier liegt vielmehr eine Aufgabe für die lokale Bildungspolitik sowie die städtische Schulentwicklungsplanung, die dieses Ziel mit hoher Priorität verfolgen sollte.

Handlungsfeld Begegnung

Mittlerziel 3:

Bürger*innen jeglicher Herkunft und aller Altersgruppen auch der „Stadtteile mit Brennpunktcharakter“ fühlen sich in „ihrem“ Stadtteil und in der Stadtgesellschaft integriert. Sie nutzen bestehende Angebote zu Bildung, Begegnung und nachbarschaftliche Aktivitäten und bringen sich engagiert in diese ein.

In Zeiten von Parallelgesellschaften und Meinungsblasen sowohl im virtuellen als auch im realen Leben sind die Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Herkunft ein entscheidender Schlüssel, um menschenfeindliche und intolerante Grundhaltungen zu verhindern. Kooperationen vielfältiger Art sind darüber hinaus wirkungsvolle Wege, sowohl soziale als auch kulturelle Integration zu erreichen. Projekte in diesem Zielfeld schaffen und unterstützen Begegnungen und damit Austausch und Nähe (Empathie), Diskurs und Verständnis. Sie helfen dabei, selbstgewählte oder unfreiwillige Isolation zu überwinden.

Auch hier eröffnet die Ausweitung der Quartiersarbeit in Minden mit der Implementierung von Quartiersmanager*innen weitere Anknüpfungs-, Handlungs- und Kooperationsmöglichkeiten. Insbesondere die neuen Quartiersbüros können den Rahmen und ganz praktisch auch den Raum für Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen im konkreten Handeln bieten.

Die Zielgruppe in diesem Handlungsfeld sind die Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, also in ihren Nachbarschaften und Stadtteilen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hier auf den Quartieren, die als sozial besonders belastet gelten. In einem Stadtteil gemeinsam wirken und miteinander leben, indem man kulturelle und religiöse Vielfalt nutzt und nicht nur einen gesellschaftlichen, sondern auch persönlichen Gewinn daraus entwickelt – das erfordert Menschen, die in demokratischen und toleranten Kategorien denken können und diese Grundhaltung mehr und mehr verinnerlichen. Hier

wird ein unmittelbarer Zusammenhang zum Handlungsfeld „Kompetenz, Haltung und Engagement“ und dem entsprechenden Mittlerziel deutlich.

Die Zielgruppe dieses Handlungsfeldes ist damit so breit aufgestellt wie bei kaum einem der anderen Handlungsfelder. Sie reicht von jung bis alt, vom Kindergarten bis zum Seniorenzentrum, vom Sportverein und der Schule über Kulturschaffende bis hin zu Beratungsstellen. Im Fokus steht immer der jeweilige Stadtteil mit seinen spezifischen Besonderheiten und vor allem den Menschen, die in ihm leben oder arbeiten.

Für eine Hauptzielgruppe dieses Handlungsfelds wird daher der Begriff „Akteure“ gewählt und meint damit all diejenigen, die mit ihrem Tun, Wirken oder Dasein den jeweiligen Stadtteil ausmachen. Das können in Rodenbeck völlig andere Personengruppen sein als in Bärenkämpfen oder Rechtes Weserufer oder in den anderen Stadtteilen. Und doch sind sie gemeinsam die Zielgruppe dieses Handlungsfelds.

Mit gutem Beispiel voran geht Minden etwa bei der Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadtteilen. Diese erfolgt nach ausdrücklichem politischem Willen in dezentralen Wohnungen mit ortsnaher Unterstützung für die Menschen. Aufgrund des Anstieges der Flüchtlingszahlen in den Jahren 2015 und 2016 ist es allerdings zu einer Konzentration in einigen wenigen Stadtteilen gekommen, in denen bereits viele Menschen in schwierigen sozialen Situationen gelebt haben. Die Stadt Minden hat darauf mit einer erheblichen Verstärkung ihres Betreuungs- und Beratungsangebotes reagiert, das durch ein starkes bürgerschaftliches Engagement in der Flüchtlingshilfe mehr als ergänzt worden ist.

Handlungsfeld Vernetzung und Verbindlichkeit

Mittlerziel 4:

Die handelnden Personen und Institutionen im Rahmen dieser Gesamtstrategie vernetzen sich konstant und schaffen verbindliche und nachhaltige Strukturen zur Erreichung der Mittlerziele 1 bis 3.

Demokratiearbeit in Minden soll nachhaltig sein und braucht stabile und verlässliche Strukturen. Die Akteure sollen sich vernetzen und gegenseitig stärken und unterstützen. Der Austausch über Ergebnisse und Erfahrungen hilft auch bei der inhaltlichen und strategischen Weiterentwicklung und stärkt das Bündnis insgesamt. Die lokalen Medien können und sollten dies nach Möglichkeiten unterstützen und die Akteure und ihre Arbeit für die Öffentlichkeit sichtbar machen. Die Projekte im Rahmen des Bündnisses

sollten idealer Weise selbst kooperativ und vernetzt angelegt sein. Dieses Handlungsfeld schafft damit die strukturelle Basis für die inhaltlichen Handlungsfelder 1 bis 3.

Die Demokratiekonferenz im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ selbst ist als obligatorischer jährlicher Informations- und Netzknoten vom Bundesprogramm vorgegeben. Darüber hinaus gewährleistet der Begleitausschuss durch seine Zusammensetzung und seinen mindestens vier bis fünf Sitzungen p. a. einen kontinuierlichen Austausch wesentlicher Akteure der Stadtgesellschaft.

Als bedeutende Zielgruppen der Arbeit zu diesem Handlungsfeld sind neben den traditionell schon aktiven Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen vor allem Medien, Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften, Parteien sowie Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften anzusehen. Ihre Multiplikatorenfunktion ist erheblich und für die öffentliche Wahrnehmbarkeit der Arbeit wichtig.

Weitere Netzwerkarbeit findet darüber hinaus innerhalb der Stadt Minden zwischen den Akteuren auf unterschiedliche – sowohl formelle als auch informelle – Art statt.

Rechtsextremismus und Populismus finden jedoch in der Regel nicht in abgeschlossenen Kreisen innerhalb der eigenen Kommune zur Verbreitung menschenfeindlicher Ideologien statt. Adäquat dazu geht die Netzwerkarbeit im Rahmen des LAP über die Grenzen der Stadt regional und überregional hinaus. Sie ist ein unverzichtbares Mittel zum Austausch von Informationen und Erfahrungen.

3. Ergebnisse der fünften Demokratiekonferenz

Die fünfte Demokratiekonferenz im Ständersaal des LWL Preußenmuseums hat mit der Anlehnung an das Format ihrer Vorgängerin wiederum ein großes Interesse gefunden. Mit über 120 Teilnehmer*innen knüpft sie damit an den „Rekordbesuch“ des Vorjahres an. Die Kombination aus Rückblick, Feedback und inhaltlichem Impuls mit anschließender Diskussion scheint den Interessen und Erwartungen der Besucher*innen entgegen zu kommen.

Den Großteil der Besucher*innen haben sicherlich die Akteure des Bündnisses, Personen aus deren unmittelbarem Umfeld und politisch engagierte Menschen aus Parteien und Initiativen gestellt. Auch die Mindener Ratspolitik war wieder nennenswert vertreten und hat damit dokumentiert, dass sie sich als Teil der Demokratiearbeit und des Bündnisses für Demokratie in dieser Stadt sieht. Zudem waren unter den Besuchern*innen etliche Bürger*innen aus der interessierten Mindener Stadtgesellschaft sowie Beschäftigte der Stadtverwaltung, die zum ersten Mal an einer Demokratiekonferenz teilgenommen haben.

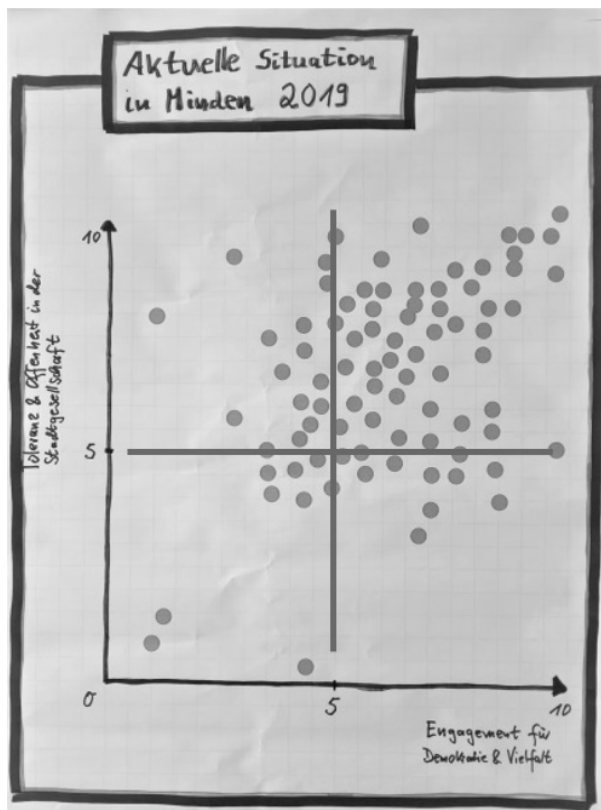
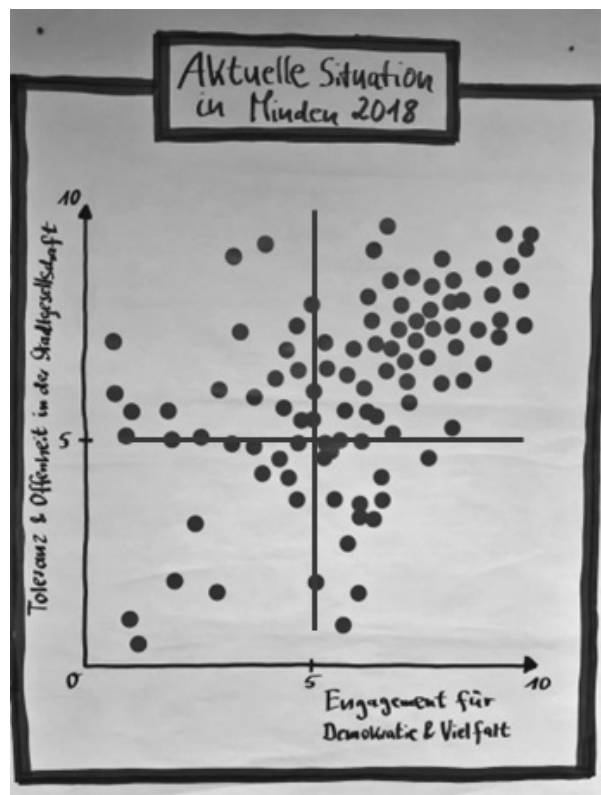
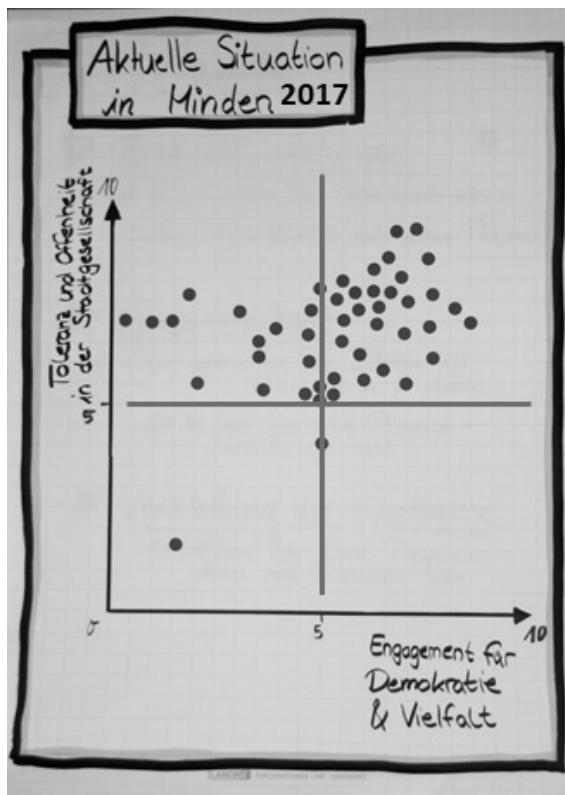
3.1 Rückblick und Feedback

Im Rahmen der dritten Demokratiekonferenz ist zum ersten Mal ein systematischeres Feedback von den Teilnehmer*innen eingeholt worden. Die Besucher*innen der Konferenz sind bereits am Empfang mit einer Punktabfrage um ein **Statement zur Situation in Minden** gebeten worden. Sie sind zum einen um eine Einschätzung darüber gebeten worden, wie sie auf einer Skala von null bis zehn das Maß an Toleranz und Offenheit in der Stadtgesellschaft erleben und zum anderen darüber, wie sie das Engagement für Demokratie und Vielfalt bewerten.

Um diese Einschätzung sind auch die Teilnehmer*innen der Konferenzen in 2018 und 2019 gebeten worden, wiederum mit einer Punktabfrage am Empfang im Rahmen der Akkreditierung. So kann eine Entwicklung in den Einschätzungen von Jahr zu Jahr dargestellt werden.

Toleranz und Offenheit in der Mindener Stadtgesellschaft werden in 2019 wieder positiver eingeschätzt als in 2018, hier ist offenbar wieder eine Annäherung an das sehr positive Ergebnis von 2017 zu verzeichnen. Trotz der hohen Besucherzahl auch in 2019 ist hier die Streuung wieder geringer geworden, die Punkte konzentrieren sich wieder sehr deutlich in der oberen

Hälfte der Skala. Dies ist als klares Statement eines, sicherlich nicht repräsentativen, aber dafür aktiven und informierten Teiles der Mindener Stadtgesellschaft über die Stimmung in der Stadt, aber auch zum eigenen An-



spruch und Selbstbild, zu interpretieren. Diese Einschätzung deckt sich im Übrigen auch mit Äußerungen von Besucher*innen der Stadt oder von Menschen, die neu hinzugezogen sind. Flüchtlinge und Migrant*innen haben sich ebenfalls immer wieder entsprechend geäußert.

Auch **das Engagement für Demokratie und Vielfalt** wird 2019 wieder etwas positiver eingeschätzt als noch in 2018. Hier spiegeln sich eher die Einschätzungen von 2017 wider. Die Entwicklung ist aber nicht ganz so deutlich wie bei der Wahrnehmung von Toleranz und Offenheit in der Stadtgesellschaft. Weiterhin sehen viele

Besucher*innen der Konferenz hier nach wie vor „Luft nach oben“ bezüglich des Engagements für Demokratie und Vielfalt in der Bevölkerung. Die positive Verschiebung von 2018 auf 2019 könnte hier mit einem gesamtgesellschaftlichen Stimmungsbild korrespondieren. Möglicherweise zeigt sich hier ein erstarkendes Engagement für Freiheit und Demokratie nach einer ersten Phase von Lähmung und gefühlter Hilflosigkeit gegenüber der Renaissance autoritärer Weltbilder und faschistoider Politikansätze. Diese Interpretation könnte jedoch nur durch methodisch differenziertere Feedbacks validiert werden.

Zusammenfassend kann auch für 2019 festgestellt werden, dass die Mindener Stadtgesellschaft sich offenbar weiter, auch im eigenen Selbstbild, an demokratischen und freiheitlichen Werten orientiert und sich vor allem auch dafür engagieren will. Dies bleibt eine gute Grundlage für die weitere Arbeit des Bündnisses für Demokratie.

Der Rückblick der Koordinierungs- und Fachstelle hat die **aktuelle Situation in Minden** differenzierter beleuchtet. Diesmal in Form eines Interviews durchgeführt, konnte erneut deutlich gemacht werden, dass die aktuelle Arbeit auf langjährigen und vielfältigen Traditionen der Demokratie-, Friedens- und Versöhnungsarbeit in Minden aufbaut. Die Arbeit des Bündnisses für Demokratie hält hier zum einen eine gute und lange Tradition lebendig bzw. belebt sie immer wieder neu und profitiert zum anderen von den stabilen Strukturen. Sie wird auch dadurch geprägt. So sind einige Projekte inzwischen zu dauerhaften Einrichtungen geworden, wie etwa die Korbiniansapfelbäume oder die Fahrten nach Theresienstadt mit Schülerinnen und Schülern Mindener Schulen. Beide Projekte sind im Rahmen der Konferenz noch einmal ausführlicher vorgestellt worden.

Die Stadtgesellschaft in Minden zeigt sich danach in ihrer Mehrheit auch weiter offen und vielfältig, viele Menschen sind bereit, sich für Demokratie und Vielfalt zu engagieren und tun das auch. Gleichzeitig hat der Rechtspopulismus seine Basis in Minden und zeigt sich auch öffentlich präsent, offensiv, teils aggressiv. Die Arbeit des Bündnisses für Demokratie und der LAP stehen dabei in seinem besonderen Fokus und werden als politisch einseitig und eigentlich grundsätzlich überflüssig diskreditiert. Auch die handelnden Personen und hier insbesondere die Koordinierungs- und Fachstelle werden mit vielfältigen Anwürfen konfrontiert.

Klassisch rechtsextremistische oder neofaschistische Strukturen sind in Minden auch aktuell nicht unmittelbar augenfällig, aber in Stadt und Umgebung gleichwohl vorhanden. Hier hat sich die Situation im Jahr 2019 im

Vergleich zu 2018 wenig verändert: Auch in Minden gibt es sogenannte Reichsbürger und rechtsextremistische und rassistische Schmierereien; sie sind im öffentlichen Raum an vielen Stellen zu finden. Mitbürger*innen mit Migrationshintergrund oder Angehörige von Minderheiten berichten über vielfältige Formen von Alltagsrassismus oder Ausgrenzungserfahrungen. Die Grenzen dessen, was öffentlich als sagbar erscheint und auch geäußert wird, haben sich weiter verschoben; Rechtsextremisten können sich hier offensichtlich ermutigt fühlen.

Die Liste der Projektpartner*innen des LAP in Minden ist auch in 2019 noch einmal etwas länger geworden und dokumentiert damit die Breite des Bündnisses für Demokratie und die inhaltliche Vielfalt der Projekte und Aktionen:

- Minden für Demokratie und Vielfalt
- Evangelischer Kirchenkreis Minden
- Caritas
- Förderverein der KTG
- Musiktreff am Beat (Papagei)
- Chorschule Todtenhausen
- SC International
- Katholisches Bildungswerk Minden
- Förderverein der Wichernschule
- Weltladen Minden
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- Jazzclub Minden
- Kanusportgemeinschaft der KTG
- Bund für soziale Verteidigung
- Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
- Förderverein Weserkolleg
- Deutscher Kinderschutzbund
- Förderverein der Hohenstaufenschule
- Juxbude
- Mindener Geschichtsverein
- Verein zur Förderung der kulturellen Bildung in Minden
- Interkultureller Garten
- KiTa Bollerwagen
- Friwo
- Lingua
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
- Verein Deutscher Sinti
- Elsa-Brandström Jugendhilfe
- Türkisch-Islamische Gemeinde
- Förderverein Ratsgymnasium

- Sportclub Rodenbeck
- Freundeskreis Minden
- Stiftung Creative Kirche
- Förderverein Herder-Gymnasium
- Demokratie zum Anfassen
- Förderverein Sommerbad

Darüber hinaus gibt es die bekannten weiteren Akteure in Minden, die ebenfalls, z. T. seit vielen Jahren wertvolle Arbeit für eine vielfältige, offene und demokratische Stadt leisten, die aber (bisher) nicht als unmittelbare Projektpartner aufgetreten sind. Mit den meisten von ihnen besteht bzw. bestand enge inhaltliche Zusammenarbeit:

- Arbeitskreis Stolpersteine
- Bildungszentrum Mer Ketne
- Offene Kirche St. Simonis
- Minden gegen Rechts
- Ameise Kulturhügel
- AWO Jugendwerk

Die Liste der **Projekte für 2019** ist wieder etwas länger als in 2018 und weist auch neue Akteure auf.

- Schultrainings LOVE-Storm (Bund für soziale Verteidigung)
- Banneraktion „Minden hat keinen Platz für Rassismus“ (Minden für Demokratie und Vielfalt)
- Auftaktveranstaltung Netzwerk „Omas gegen Rechts“ (Minden für Demokratie und Vielfalt)
- Junge Imam*innen in Deutschland. Vortrag und Diskussion mit Sami Sipahi (Imam) und Merve Mert (muslimische Theologin) (Evangelischer Kirchenkreis)
- Vortrag Andrea Röpke: „Völkische Landnahme“ (Minden für Demokratie und Vielfalt)
- X-Games - Spiel zur Radikalisierungsprävention an Mindener Schulen (Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit)
- Der Weg ist das Ziel – Chorprobe für das Chorprojekt „Martin-Luther-King (Stiftung Creative Kirche)
- "Wir sind Juden aus Breslau" - Ein Film von Karin Kaper mit je einem anschließendem Autorengespräch mit Schüler*innen und Erwachsenen (Evangelischer Kirchenkreis)
- Vortrag / Diskussion: Martin Gehlen und Katharina Eglau: Sorge um das Menschheitserbe – was im Orient auf dem Spiel steht (Katholisches Bildungswerk Minden)

- WahlFUN (Demokratie zum Anfassen)
- Interkulturelle Begegnung, Austausch über Demokratie und Schwimmkurs (Förderverein Sommerbad)

Bereits in 2018 konnte eine gewisse Projektmüdigkeit langjähriger Träger festgestellt werden. Das ist in 2019 etwas aufgebrochen worden, bleibt aber eine Herausforderung. Die umfangreichen Dokumentations- und Abrechnungsverpflichtungen für Projektträger, die sich aus den Förderregularien des Bundesprogrammes ergeben, tragen nicht unerheblich zu dieser Situation bei. Dies schreckt insbesondere mit solchen Verfahren eher unerfahrene Träger ab, hat aber auch bei den eher etablierteren Akteuren schon zu den festgestellten „Absetzbewegungen“ geführt. Die Koordinations- und Fachstelle sowie das federführende Amt versuchen hier mit umfassender Beratung Hilfestellung zu leisten.

Zum festen Programm gehören seit Jahren Veranstaltungsreihen oder Fortsetzungen von Projekten, die, manchmal nach Anstoßfinanzierungen aus Mitteln der beiden Bundesprogramme, ganz oder zumindest in Teilen aus anderen Quellen auf unterschiedliche Art unterstützt werden. Hierzu gehören u.a.:

- Stolpersteine
- Korbiniansapfelbäume
- Schulen ohne Rassismus
- Fahrten nach Theresienstadt
- Lesungen – Verbrannte Bücher
- Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar und 09. November
- Rechtsextremismus und Familie
- Vortrags-, Film- u. Diskussionsreihe

Auch weiterhin zum größten Teil nicht umgesetzt worden sind die vielfältigen Projektideen und -vorschläge, die im Rahmen der Demokratiekonferenz 2017 erarbeitet worden sind. Hier haben sich auch in 2019 kaum Träger zur Umsetzung gefunden.

Die Demokratiekonferenz 2019 hat nach 2017 und 2018 zum dritten Mal auch ein **Feedback zur bisherigen Arbeit** von den Besucher*innen der Konferenz eingeholt. Wiederum im Rahmen einer Kartenabfrage konnte eine Rückmeldung abgegeben werden, was den Konferenzteilnehmer*innen an der Arbeit des LAP/ des Bündnisses für Demokratie in Minden gut gefallen hat und was Sie sich künftig vom Bündnis für Demokratie / LAP in Minden wünschen.

Es konnte wiederum jeweils eine positive und eine negative Feedback-Karte abgegeben werden. Insgesamt gab es zu jeder Frage 60 bzw. 73 Nennungen. Damit haben sich gut die Hälfte der Konferenzteilnehmer*innen an der Abfrage beteiligt. Die Antworten sind in den nachfolgenden Übersichten zusammengefasst worden. Die Zahlen in Klammern geben jeweils die Anzahl der Nennungen wieder.

Feedback: Was hat mir gut gefallen?

- Die Vielfalt der Projekte, Aktionen und Akteure, die Breite des Engagements (11)
- Die Kontinuität, das starke und dauerhafte Engagement der Akteure (8)
- Die Qualität der Beratung, die Unterstützung bei Projektideen, die Offenheit für Ideen (6)
- Spontane Reaktionen und Aktionen bei aktuellen Ereignissen, z. B. St. Lukas (4)
- Die Fahrten nach Theresienstadt (4)
- Die Korbiniansäpfel (4)
- Der Treffpunkt am Friedensplatz als „Offene Tür“ (3)
- Das gute Netzwerk (3)
- Newsletter „Dütt un datt“ (2)
- Das kontinuierliche Engagement der Stadt (-verwaltung) (2)
- Konsequenter Einsatz gegen Rechtspopulisten, sichtbares Engagement gegen Rechts (2)
- Arbeit für Demokratie ist immer gut; gut, dass es euch gibt (2)
- Mer Ketne (2)
- Die Bewegung, die sich in Minden zeigt (1)
- Die grundsätzliche Haltung für Vielfalt und gegen Rassismus (1)
- Die Idee, Sportvereine anzusprechen (1)
- LAP-Projekt "Frauen" mit Flüchtlingen vom Weserkolleg (1)
- Demonstrationen 2006 und das Fegen nach den Nazi-Aufmärschen (1)
- Die neuen Stadtteilzentren (1)
- Kurt Schumacher: Kommunisten sind rotlackierte Faschisten (1)

Aus den Antworten wird deutlich, dass die Breite des inhaltlichen Angebotes und die Vielfalt der Akteure im Bündnis für Demokratie in Minden wahrgenommen und geschätzt wird. Gesehen wird auch die Kontinuität des Engagements aller Akteure, auch etwa der Stadt bzw. der Stadtverwaltung. Die

grundsätzliche Haltung, die in der Arbeit zum Ausdruck kommt wird ebenso begrüßt wie die Flexibilität und Aktionsfähigkeit z.B. bei aktuellen Anlässen.

Das gute Netzwerk scheint zumindest grundsätzlich zu funktionieren und der Treffpunkt am Friedensplatz ist etabliert als offenes Haus, das diesem Netzwerk auch einen Raum gibt.

Auffallend ist auch die Betonung der Qualität der Beratung für potentielle Projektträger, die Unterstützung und Offenheit wird wahrgenommen und wertgeschätzt. Hier scheint es tatsächlich ein „Gegengewicht“ zur vielfach beklagten Bürokratisierung des Förderverfahrens zu geben.

Hervorgehoben werden auch einzelne Projekte und Angebote wie die Korbiniansäpfel, die Fahrten nach Theresienstadt, der Newsletter „Dütt un Datt“, aber auch das LAP-unabhängige Begegnungszentrum Mer Ketne.

Feedback: Was wünsche ich mir künftig?

- Macht weiter so! (5)
- Mehr junge Menschen einbeziehen, aktivieren, motivieren, unterstützen (7)
- Initiative "Kinderparlament", Demokratie lernen für Kinder (1)
- Mehr Öffentlichkeitsarbeit und Sichtbarkeit von Aktionen und Projekten (5)
- Mehr Spaß, Witz und Fröhlichkeit beim Engagement für Demokratie (4)
- Weniger Bürokratie (4)
- Noch mehr Menschen direkt ansprechen, motivieren, Mut machen, Gleichgültigkeit überwinden helfen (3)
- (Sport-) Vereine einbinden (3)
- Mehr Aktionen an und Kooperation mit Schulen (2)
- Einbeziehen von Migrantenorganisationen, Flüchtlingsprojekte stärken (2)
- Mehr Kooperation und Diskussionen zwischen verschiedenen Organisationen und Gruppierungen (2)
- Weniger Diskurs zwischen politischen Gegnern, weniger Feindschaft, mehr Dialog und offene Diskussion (2)
- Dialog der Generationen (1)
- Städtepartnerschaften in die Arbeit integrieren (1)
- Jüdische Geschichte aufarbeiten (1)
- Unterstützung für das Hissen der Tibet-Flagge am 10.03. durch den LAP (1)
- Mehr Stolpersteine (1)

- Mehr Einsatz gegen Rassismus (1)
- Deutliche Positionierungen (1)
- Mehr Unterstützung des LAP durch Mindener Unternehmen / Multiplikatoren (1)
- Mehr Engagement in die breite Bürgerschaft (1)
- Auf das "wofür" fokussieren, mit dem "dagegen" verschafft man den Rechten zu viel Aufmerksamkeit (1)
- Gleichberechtigung für Behinderte (1)
- Mehr interkulturelles Verständnis bei den Mitarbeiter*innen von Stadt und Kreis (1)
- Kunstprojekte mit Geflüchteten (1)
- Projekte / Initiativen außerhalb des LAP berücksichtigen in Präsentationen und Öffentlichkeitsarbeit (1)
- Statt „Omas gegen Rechts“ besser „Großeltern gegen Rechts“ (1)
- "Schule gegen Rassismus" auch weiterführen, wenn der Titel vergeben wurde (1)
- Die Äpfel an Kindergärten verschenken (1)
- Storch Heinar flächendeckend (1)
- Verbot der AfD, Rechte, Nazis und alles, was dazu gehört (1)
- Differenzierung Rechts – Rechtsradikale (1)
- Es muss heißen „Gegen jeden Extremismus“ (1)
- Raum für Selbstkritik: Was ist Demokratie? (1)
- Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf dem Podium / beim Vortrag (1)
- Beim Rückblick auch Vortrag und Redner des Vorjahres benennen (1)
- Theresienstadt kurz erklären (1)
- Keine DKP-Fahne bei der Gewerkschaft (1. Mai) (1)
- Kritik an Karl-Heinz Ochs: "Kann gar nicht links genug sein" (2)
- Grundsätzliche Kritik am Projekt, „Verschwendung von Fördermitteln“ (2)
- Nicht mehr mit Antisemiten zusammenarbeiten (2)

Bei den Wünschen an künftige Aktivitäten im Bündnis für Demokratie ist die Streuung der Themen erwartungsgemäß sehr groß. Es gibt eine Fülle von Vorschlägen und Wünschen, die in Teilen auch Anregung für Projektträger sein könnten. Einige Beiträge sind allerdings auch als (in Teilen politische) Statements zur inhaltlichen Ausrichtung der Arbeit zu verstehen.

Eine Herausforderung für das Bündnis bleiben die Themen „Jugendarbeit“ und „Öffentlichkeitsarbeit“. Die Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelingt weiter nur mäßig oder im Rahmen eng betreuter

Angebote wie etwa der Fahrten nach Theresienstadt. Die selbstorganisierte Arbeit z. B. im Jugendforum bleibt dagegen weitgehend aus. Dies steht jedes Mal auf der „Wunschliste“ des Feedbacks der Teilnehmer*innen der Demokratiekonferenz und bleibt damit eine Anforderung an alle Beteiligten.

Auch der Wunsch nach mehr Wahrnehmbar- und Sichtbarkeit von einzelnen Projekten oder der Arbeit des Bündnisses insgesamt gehört zu den „Dauerbrennern“ des Teilnehmer*innen-Feedbacks. Hier gibt es eine „Dauerbaustelle“, auch wenn hier ein „Optimum“ vermutlich kaum zu erreichen ist.

Dem Wunsch nach weniger Bürokratie ist vor dem Hintergrund der Anforderungen des Fördergebers vor Ort in Minden nur schwer oder eigentlich kaum nachzukommen. Hier kann eine gute Beratung und Unterstützung durch die Koordinierungs- und Fachstelle und das federführende Amt einen gewissen Ausgleich schaffen und das gelingt ja offensichtlich bereits wahrnehmbar (s.o.).

Erstmalig taucht in 2019 gleich mehrfach der Wunsch nach mehr Spaß, Witz und Fröhlichkeit beim Engagement für Demokratie auf. Möglicherweise ist diese Anregung von sowohl methodischer als auch inhaltlicher Relevanz. Auf jeden Fall ist sie geeignet, in der Ansprache von neuen Zielgruppen und vielleicht auch gerade von jüngeren Menschen einen Impuls zu setzen. Engagement fällt immer leichter, wenn es auch Spaß macht und Witz und Satire gegen die Feinde von Demokratie und Freiheit haben eine lange und erfolgreiche Tradition.



 STORCH HEINAR © Copyright 2019, alle Rechte vorbehalten

Ermutigend für die Arbeit im Bündnis ist natürlich auch, dass bei den Wünschen von einigen Teilnehmer*innen einfach nur ein „Macht weiter so!“ geäußert wurde. Das macht noch einmal deutlich, dass die Arbeit insgesamt als sehr positiv wahrgenommen wird.

3.2 Vortrag von Dr. Roland Kipke

„Was Demokratie ist und was sie sein sollte“. Der Titel des Vortrages von Dr. Roland Kipke ist identisch mit dem Untertitel seines Buches „Jeder zählt“ und umreißt den inhaltlichen Anspruch seiner Ausführungen.

Vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen über die „Krise der Demokratie“, aber auch vielfältiger Kritik an der demokratischen Praxis und ihren Akteuren oder sogar dem Zweifel daran, ob wir überhaupt eine Demokratie haben, will Roland Kipke vor allem deutlich machen, was Demokratie überhaupt ist. Er gliedert seinen Vortrag in acht Thesen oder besser Empfehlungen an diejenigen, die seinem Anliegen der Verteidigung der Demokratie, die er als „die größte Erfindung aller Zeiten“ bezeichnet, folgen wollen.

1. Aufklären darüber, was Demokratie ist

Roland Kipke macht deutlich, dass Demokratie ein komplexes System von Regeln und Werten ist, das vor allem zum Ziel hat, Macht zu begrenzen und möglichst viel an Freiheit und Lebensglück für jede*n einzelne*n zu gewährleisten. Sie besteht nicht nur aus dem Mehrheitsprinzip. Er plädiert für Aufklärung über den Sinn und das Wesen von Demokratie.

Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde sind die Grundbausteine. Politische Freiheit manifestiert sich im allgemeinen Wahlrecht, aber auch in der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Entscheidungen werden nach dem Mehrheitsprinzip getroffen. Aber auch das ist nicht grenzenlos, ebenso wie die Freiheit selbst. Die Freiheit findet ihre Grenzen in der Freiheit der anderen. Es gibt Regeln, die für Interessenausgleich sorgen sollen und deshalb ist der Kompromiss oft das Ergebnis des politischen Diskurses, der eben auch zwingend zur Demokratie gehört.

Das Prinzip der Gleichheit sorgt dafür, dass die Regeln für alle auch gleich gelten. Gleichheit in der Demokratie meint Gleichberechtigung. „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ heißt es in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Alle Menschen haben also in einer Demokratie das Recht, in all ihrer Unterschiedlichkeit gleich behandelt zu werden. Ihre Würde als Mensch ist unantastbar (Artikel 1 Grundgesetz).

2. Spannungen erkennen und aushalten

Schon am Beispiel von Freiheit und Gleichheit macht Kipke deutlich, dass dieses System von Werten, Prinzipien und Regeln nicht spannungsfrei ist. Bei einzelnen Entscheidungen können die Prinzipien durchaus mal

gegeneinanderstehen. Er macht das am Beispiel der Diskussion um die Flüchtlingspolitik deutlich. Es gehört zur politischen Freiheit, wenn ein Land beschließt, die Aufnahme von Flüchtlingen zu begrenzen. Das steht natürlich im Widerspruch zum prinzipiell gleichen Anspruch aller Menschen auf Gleichbehandlung. Dieser Konflikt oder diese Spannungen sind allerdings kein Systemfehler von Demokratie, sondern gehören dazu. Diese Spannungen sorgen für den demokratischen Diskurs und müssen deshalb ausgehalten werden.

Roland Kipke führt hier den Begriff der Toleranz als besondere demokratische Tugend ins Feld. Toleranz sei ja nicht, Meinungen zu akzeptieren, die man selbst teilt. Toleranz bedeute, Meinungen und Positionierungen auszuhalten und zu ertragen, die man nicht teilt, die man für falsch hält sogar für absurd. Aber auch diese Toleranz hat für Kipke eine Grenze. Positionen, die das System von Demokratie in ihrem Kern selbst in Frage stellen, indem sie z.B. Freiheit und Menschenwürde beseitigen wollen, haben diesen Anspruch auf Toleranz nicht mehr. Die Demokratie muss sich nicht von denen missbrauchen lassen, die sie abschaffen wollen.

3. Die Widersprüchlichkeit der Erwartungen aufdecken

Roland Kipke macht deutlich, dass die Kritik an der demokratischen Praxis oft mit der Widersprüchlichkeit unserer Erwartungen zusammenhängt. Diese aufzudecken, sei ein wichtiger Baustein demokratischer Aufklärung. So erwarten wir einerseits schnelle Entscheidungen in den Parlamenten, die aber auf jeden Fall alle Aspekte des Themas gründlich und fehlerfrei berücksichtigen sollen. Wir wollen möglichst keine Kompromisse, sondern erwarten „klare Kante“, unsere eigenen Interessen müssen aber auf jeden Fall berücksichtigt werden. Wir wollen keinen Streit in der Politik, aber streiten sehr vehement für unsere Positionen.

4. Die Erwartungen anpassen

Wenn wir diese Widersprüchlichkeit in unseren Erwartungen erkennen, so Kipke, dann können wir sie auch anpassen. Wir sollten das manchmal langsame Tempo von Entscheidungsprozessen ertragen, weil es den notwendigen Diskurs und Interessenausgleich erst möglich macht. Wir sollten akzeptieren, dass Politiker*innen auch nicht unfehlbar sind, jedenfalls wenn wir wollen, dass sie mit uns auf Augenhöhe und menschlich bleiben. Wir sollten uns mit Kompromissen zufriedengeben, wenn wir nicht riskieren wollen, dass sich künftig nur noch sehr einseitig wenige Interessen durchsetzen.

5. Die Blickrichtung ändern: Auf uns selbst schauen

Die Kritik an der Demokratie bzw. der demokratischen Praxis hat laut Kipke natürlich immer „die anderen“ oder „das System“ im Fokus. Kipke empfiehlt deshalb die Änderung der Blickrichtung auf uns selbst. Demokratie lebt vom Engagement und der Unterstützung vieler, sie leidet aber andererseits auch an der Gleichgültigkeit vieler. Der kritische Blick auf das eigene Verhalten im demokratischen Diskurs, das Spiegeln der eigenen Widersprüchlichkeit in den Erwartungen, das Hinterfragen der persönlichen Toleranzgrenzen und die Frage nach der Bereitschaft, selbst aktiv zu werden, können zu sofortigen Veränderungen führen: Bei jeder/jedem selbst.

6. Die eigene Bequemlichkeit aufdecken

Demokratie ist kein Selbstläufer oder selbstverständliches persönliches Serviceangebot, so Roland Kipke. Hinter lautstarker und wohlfeiler Kritik am demokratischen System, vor allem an der Diagnose, dass man ja doch nichts bewirken könne, steckt manchmal wohl eher die eigene Bequemlichkeit. Demokratie ist anstrengend, Engagement kostet Zeit und Kraft. Zur Freiheit, so Kipke, gehöre auch die Freiheit, sich nicht zu engagieren. Das sei zwar schade, aber zu akzeptieren. Nicht in Ordnung sei es aber, dann lautstark die Ergebnisse des Engagements anderer zu kritisieren.

7. Die Spannung aushalten zwischen Bestand und Kritik

Das ganze System von Demokratie ist nicht starr, sondern ständig in Bewegung. Der Diskurs oder der Streit ist ihr Tagesgeschäft, er produziert am Ende Entscheidungen, die viele mittragen können und die möglichst viele Interessen berücksichtigen. Wichtig ist für Roland Kipke aber auch die Kritik am System selbst bzw. an der demokratischen Praxis. Sie sorgt dafür, dass das System nicht zu starr und verkrustet wird, sondern sich auch selbst weiterentwickelt. Demokratie ist nie „fertig“, sie ist als System dynamisch.

8. Demokratie weiterentwickeln

Kipke plädiert dafür, die Kritik an der Demokratie bzw. der demokratischen Praxis positiv aufzugreifen und damit zu ihrer Weiterentwicklung beizutragen. Wenn Menschen sich nicht mehr mitgenommen fühlen von den Entscheidern und deren Entscheidungen, sollten ihnen mehr direkte Entscheidungsmöglichkeiten angeboten werden. Roland Kipke hält hier

Bürgerentscheide, auch auf Bundesebene, für ein geeignetes Mittel. Als Ergänzung zum repräsentativen System der Interessenvertretung über Wahlen und Parlamente setzt er sich klar für mehr direkte Beteiligungs-/Partizipationsmöglichkeiten der Bürger*innen ein. Er plädiert weiter für mehr Transparenz und Kontrolle bei der Lobbyarbeit.

4. Fazit, Konsequenzen und Ausblick

4.1 Erkenntnisse und Fazit

Das Bündnis für Demokratie und der Lokale Aktionsplan sind weiter gut verankert in der Mindener Stadtgesellschaft. Neben einer soliden und breit aufgestellten Basis von engagierten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die immer wieder Aktionen und Projekte auf die Beine stellen, gibt es auch ein lebhaftes Interesse in der Bevölkerung an den Themen und Angeboten. Dies hat sich auch wieder am Besuch der Demokratiekonferenz 2019 gezeigt, die mit über 120 Besucher*innen das hohe Niveau des Vorjahres annähernd halten konnte. Gut dokumentiert wurde auch wieder die breite Unterstützung durch die demokratische Ratspolitik. Die Mindener Kommunalpolitik begreift den Einsatz für Demokratie und Vielfalt auch als eigenes Handlungsfeld mit Priorität.

Das klassische Vortragsformat, in diesem Jahr wieder in den Mittelpunkt gestellt, findet weiter sein Publikum, wenn die Referenten inhaltlich Spannendes zu bieten haben und der Rahmen professionell gesetzt wird. Das deckt sich auch mit den Erfahrungen aus den zahlreichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen der Vorjahre.

Die Diskussion zum Vortrag war allerdings streckenweise geprägt durch die Versuche einzelner Teilnehmer*innen der Konferenz aus dem rechtspopulistischen Spektrum, Teile des Bündnisses für Demokratie zu diskreditieren und die Sinnhaftigkeit des Lokalen Aktionsplanes grundsätzlich in Frage zu stellen. Ein Diskurs zu den Themen des Vortrages konnte sich daraus nicht entwickeln. Auch das Mindener Tageblatt hat in seiner Berichterstattung zur Demokratiekonferenz am 03. Oktober 2019 diesen Auftritt als Teil einer gezielten Kampagne widergespiegelt. Diese Strategie der generellen Diskreditierung des Programms und seiner Akteure knüpft im Übrigen an die Erfahrungen im Nachgang zur Demokratiekonferenzen 2017 und 2018 an.

Im Ergebnis hat die Demokratiekonferenz mit einem Mix aus Beteiligungs- und Feedbackangeboten auf der einen und hochwertigen inhaltlichen Inputs auf der anderen Seite offensichtlich ihr spezielles Mindener Format gefunden. Sie ist damit ein Angebot sowohl für die Akteure des Bündnisses für Demokratie als auch für eine interessierte Öffentlichkeit. Dies gilt es qualitativ zu halten und behutsam weiterzuentwickeln.

4.2 Konsequenzen und Empfehlungen

➤ **Öffentliche Wahrnehmung verstärken**

Der öffentliche Auftritt des Lokalen Aktionsplanes sollte die Potentiale des Bündnisses für Demokratie in Minden künftig noch besser nutzen. Ein modernerer Internetauftritt und die verstärkte Nutzung von Social Media sollten mit Priorität angegangen werden. Das Feedback der Teilnehmer*innen der Konferenz nicht nur in 2019 legt das nahe.

➤ **Jugendliche als Zielgruppe weiter fokussieren**

Das in der Förderkulisse obligatorisch vorgesehene Jugendforum tut sich weiterhin schwer, kontinuierlich und eigenständig zu arbeiten oder eigene Projekte zu entwickeln. Hier sollte weiter versucht werden, Unterstützung zu organisieren, ohne die Eigenständigkeit in Frage zu stellen. Darüber hinaus sollten Jugendliche und junge Erwachsene als Zielgruppe bei allen Projekten immer im besonderen Fokus bleiben.

➤ **LAP-Treffpunkt am Friedensplatz als Ort der Begegnung weiter ausbauen**

Der LAP-Treffpunkt am Friedensplatz hat sich als Netzwerkknoten und Beratungsangebot weiter etabliert. Diese Stärke ist zu halten und möglichst noch auszubauen. Durch die verbesserte Ausstattung sind nun auch eigene kleinere Veranstaltungsformate möglich. Dieses Potential sollte künftig stärker genutzt werden.

➤ **Neue Zielgruppen im Fokus behalten**

Die prinzipiell große Reichweite des Lokalen Aktionsplanes in Minden sollte genutzt werden, um immer wieder neue Zielgruppen in den Fokus zu nehmen und zu aktivieren. Auch die engen Verbindungen zur Stadtverwaltung bieten hier Anknüpfungspunkte für neue Zugänge, sei es über die Jugendarbeit, die Quartiersarbeit, den Bereich Bildung und Sport oder den Kulturbereich.

➤ **Konkrete Ideen der Demokratiekonferenz 2019 aufgreifen**

Im Rahmen des Feedbacks sind u.a. auch konkrete Wünsche und Ideen für die künftige Arbeit des Bündnisses für Demokratie geäußert worden. Diese Anregungen sollten aufgegriffen werden und, wenn möglich, in konkrete

Projekte für 2019 übersetzt werden. Der Begleitausschuss und die Koordinierungs- und Fachstelle sollten hier eine aktive Rolle übernehmen.

➤ **Demokratieentwicklung als Thema aufgreifen und in Projekte umsetzen**

Das Schwerpunktthema der Konferenz, „Was Demokratie ist und was sie sein sollte“, hat offensichtlich den Nerv getroffen und knüpft an viele aktuelle Debatten in Medien und Öffentlichkeit an. Der Vortrag von Dr. Roland Kipke hat viele Ansatzpunkte geliefert, die aufgegriffen werden könnten und sollten. Insbesondere die Frage nach dem vermehrten Angebot direkter Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten für Bürger*innen über die Teilnahme an Wahlen hinaus bietet sich hier an. Hier ist ein Feld, in dem vieles konkret ausprobiert werden könnte, gerade auf kommunaler Ebene. Dies deckt sich auch mit den Zielen des aktuellen Förderaufrufs des Bundesprogramms „Demokratie leben“, das die Entwicklung und Erprobung innovativer Beteiligungsansätze ausdrücklich nennt.

Gleichzeitig werden hier aber auch sehr grundsätzliche Fragen von demokratischer Willensbildung und Legitimation aufgeworfen, wie die Debatte um die Forderung aus Teilen der Klimaschutzbewegung auf Einführung von Bürger*innenräten als verbindliche Entscheidungsgremien zeigt.

„Demokratie ist das kostbarste Menschenwerk. Denn nur sie wird dem Menschen gerecht.“

(Dr. Roland Kipke: Jeder zählt. Was Demokratie ist und was sie sein soll)